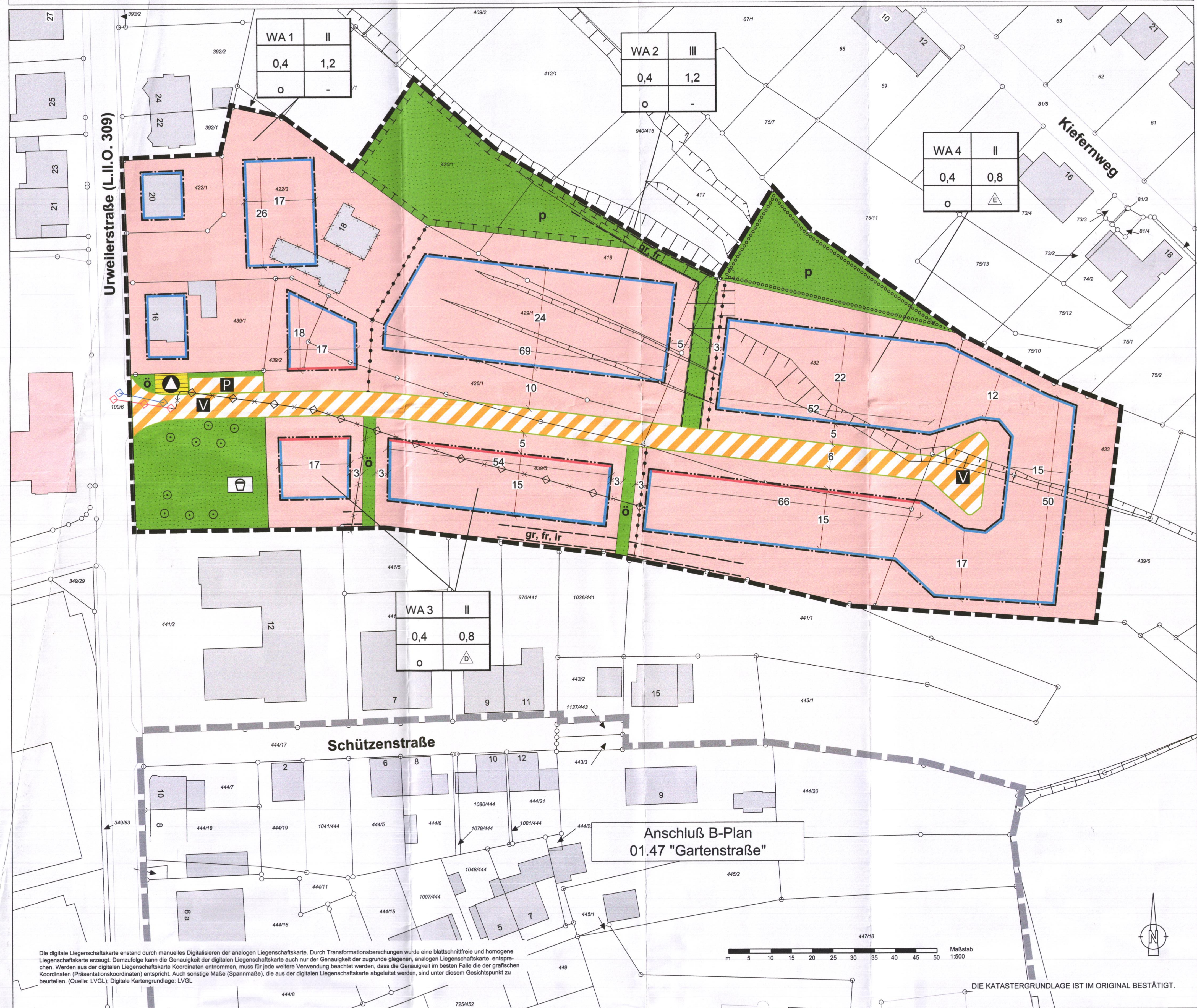


Bebauungsplan "Abendstall"

St. Wendel Nr. 01.27 B

Teil A: Planzeichnung



Planzeichenerläuterung

(nach BauGB i.V.m. BauNVO und PlanZVO 1990)

Art der baulichen Nutzung

(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 - 14 BauNVO)

WA Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

Maß der baulichen Nutzung

GRZ Grundflächenzahl (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO)

GFZ Geschossflächenzahl (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO)

Z.B. III Zahl der Vollgeschosse, Höchstmaß (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO)

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)

Offene Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 4 BauNVO)

Hausform; Hier: Doppelhäuser (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 2 BauNVO)

Hausform; Hier: Einzelhäuser (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 2 BauNVO)

Baulinie (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 Abs. 2 BauNVO)

Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 Abs. 3 BauNVO)

Verkehrsflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

V Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit Straßenbegrenzungslinie, hier: Verkehrsberuhigter Bereich (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

P Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung mit Straßenbegrenzungslinie, hier: Öffentliche Parkflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Flächen für Abfallentsorgung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Containerstellfläche

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

Rückbau Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen, unterirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen / Schmutzwasser unterirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen / Regenwasser unterirdisch (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Private und öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung für Spielplatz (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Planungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Schutz von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)

Erhaltung: Einzelbäume

sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Abriss des Gebäudebestandes / der baulichen Anlagen

Böschungen

Nutzungsschablone	
ART DER BAULICHEN NUTZUNG	ZAHLEN DER VOLLGESCHOSSE
GRZ	GFZ
BAUWEISE	HAUSFORM

Teil B: Textteil

Textliche Festsetzungen

(gem. § 9 BauGB + BauNVO)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 - 14 BauNVO)

1.1 Siehe Plan
Allgemeines Wohngebiet WA 1, WA 2, WA 3, WA 4 gem. § 4 BauNVO

1.2 Zulässig sind gem. § 4 Abs. 2 BauNVO:

1. Wohngebäude,
2. die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften, sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

1.3 Ausnahmsweise können gem. § 4 Abs. 3 BauNVO zugelassen werden:

1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
 3. Anlagen für Verwaltungen.
- 1.4 Unzulässig sind gem. § 4 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO:
1. Tankstellen,
 2. Gartenbaubetriebe.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

2.1 **GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ)**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO) siehe Plan
Die GRZ wird in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 2, WA 3 und WA 4 gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 19 Abs. 1 und 4 BauNVO auf 0,4 festgesetzt.

2.2 ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE

(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO) siehe Plan
Die maximal zulässige Zahl der Vollgeschosse wird für das WA 1, WA 3 und WA 4 auf II Vollgeschosse festgesetzt, für das WA 2 auf III Vollgeschosse.

2.3 GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)

(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 20 BauNVO) siehe Plan
Für die WA 1, WA 3 und WA 4 wird die GFZ gem. § 17 Abs. 1 BauNVO i.V.m. § 20 BauNVO auf 0,8 festgesetzt, für das WA 2 wird die GFZ auf 1,2 festgesetzt.

3. **BAUWEISE**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO) siehe Plan
Es wird eine offene Bauweise festgesetzt. Gebäude sind mit seitlichem Grenzabstand zu errichten, die Länge der Baukörper darf 50 m nicht überschreiten.
4. **ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO) siehe Plan
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplangebiet durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der in dem Gebiet gelegenen Grundstücke oder des Baugebietes selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen. Die Ausnahmen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend. (s. ergänzend auch Festsetzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen)

Zudem sind in einigen Bereichen des Plangebietes Baulinien gemäß § 23 Abs. 2 BauNVO definiert. In Bereichen ohne eine verbindliche Baulinie kann ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß zugelassen werden.
5. **FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN, STELLPLÄTZE UND GARAGEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 BauNVO) siehe Plan
- 5.1 Im WA 2 sind Stellplätze, Garagen und zugehörige Nebeneinrichtungen ausschließlich innerhalb der durch die Baugrenzen definierten Flächen zulässig.
- 5.2 Garagen müssen innerhalb der Allgemeinen Wohngebiete WA 1, WA 3 und WA 4 einen Abstand von mindestens 5 m zur Straßenbegrenzungslinie einhalten. Unter Verweis auf § 23 BauNVO können Garagen in geringem Maße von der Baulinie zurücktreten. Im Allgemeinen Wohngebieten WA 1, WA 3 und WA 4 sind 1,5 Stellplätze je Wohneinheit auf dem Privatgrundstück nachzuweisen. Innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes WA 1, WA 3 und WA 4 sind Stellplätze, Garagen und Carports in Anwendung des § 12 Abs. 1 BauNVO innerhalb der Baugrenzen sowie im seitlichen Grenzabstand allgemein zulässig.
6. **HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN JE WOHNUNGSBAU**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)
Je Wohngebäude sind innerhalb des WA 3 und WA 4 maximal 2 Wohnungen zulässig.
7. **STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) siehe Plan
Die zur Erschließung der Baugrundstücke dienende Wohnstraße wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „verkehrsberuhigter Bereich“ festgesetzt. Die Regelbreite von der Ein-/Ausfahrt zur Urweilerstraße bis zum Wendehammer beträgt 6,0 m. Zudem werden im Bereich der Ein-/Ausfahrt zur Urweilerstraße Flächen mit der Zweckbestimmung „öffentliche Parkflächen“ ausgewiesen.
8. **FLÄCHEN FÜR DIE ABFALLENTSORGUNG, HIER: CONTAINERSTELLFLÄCHE**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB) siehe Plan
Die Stellflächen für die Container werden als Flächen für die Abfallentsorgung im Bereich der Ein-/Ausfahrt zur Urweilerstraße festgesetzt.
9. **PRIVATE UND ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15, 20, BauGB) siehe Plan
10. **MIT GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) siehe Plan
Im Bereich des Mehrfamilienwohnhauses WA 2 ist ein privater Grünstreifen mit einem Geh- und Fahrrecht nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB belegt.
Im südlichen Bereich des Plangebietes sind Teile des Allgemeinen Wohngebietes 3 und 4 mit Leitungsrechten nach § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB vorgesehen.
11. **ANPFLANZUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB i.V.m. § 10 (1) LBO) siehe Plan
Die im nördlichen Bereich des Plangebietes gelegenen privaten Grünflächen sind aufgrund des dort befindlichen wertvollen Baumbestandes zu erhalten sowie über gezielte Anpflanzungen aufzuwerten.
Die übrigen und nicht überbauten Grundstücksflächen sind zu begrünen und gärtnerisch zu gestalten. Für Neupflanzungen innerhalb des Geltungsbereiches sind mindestens zwei Laubbäume standortgerecht anzupflanzen und einheimische Gehölze zu verwenden.
12. **VON EINER BEBAUUNGS FREIZUHALTENDE FLÄCHEN**
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)
Für die übrigen und nicht überbauten privaten Grundstücksflächen sind geeignete Maßnahmen zum Schutz und dem Erhalt von Natur und Landschaft zu ergreifen. Neben Maßnahmen zur Begrünung und der gärtnerischen Gestaltung sind dabei auch ökologische Nisthilfen für Vögel und mindestens zwei Kästen je Gebäude für Fledermäuse zu schaffen.
13. **GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES**
(gem. § 9 Abs. 7 BauGB) siehe Plan

FESTSETZUNGEN AUFGRUND LANDESRECHTLICHER VORSCHRIFTEN

(gem. § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. LBO und SWG)

Abwasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. mit §§ 49-54 Landeswassergesetz)
• Das Plangebiet wird im Trennsystem entwässert.
• Das anfallende Schmutzwasser ist durch Anschluss an die vorhandene öffentliche Kanalisation in der „Urweilerstraße“ zu entsorgen.
• Die Entwässerung des anfallenden, nicht schädlich verunreinigten Niederschlagswassers wird wie folgt geregelt, wobei die Vorschaltung eines Speichers (z.B. Zisterne) zur Brauchwassernutzung generell zulässig ist: Das anfallende Niederschlagswasser ist an die Regenwasserkanalisation anzuschließen.

Örtliche Bauvorschriften (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. mit § 85 Abs. 4 LBO)

• **Stützmauern, feste Umgrenzungsanlagen, Zäune und sonstige Anlagen:**
In Anlehnung an die geltenden Straßenbauvorschriften wird festgesetzt, dass Stützmauern, feste Umgrenzungsanlagen, Zäune und sonstige Anlagen, die eine Abgrenzung bzw. Umwehrung der Privatgrundstücke zur öffentlichen Verkehrsfläche bezwecken, einen Abstand von mind. 70 cm zum Rand der öffentlichen Verkehrsfläche einhalten müssen. Dies gilt auch für solche Anlagen, die gem. § 61 LBO genehmigungs- und anzeigefrei sind. Sofern im Einzelfall bauliche Anlagen bis zur Grenze des Grundstücks entlang der öffentlichen Verkehrsfläche vom Grundsatz her zulässig sind, wird festgesetzt, dass auch diese den vorstehend festgesetzten Abstand zum Rand der öffentlichen Verkehrsfläche einhalten müssen. Sonstige, diesen Regelungsbereich betreffende, ggfs. weitergehende Vorschriften, z.B. bezüglich des Stauraumes, bleiben unberührt.

• **Dachform, Dachneigung:**
Als Dachform sind zulässig:
• Satteldächer 32 - 38 Grad
• Zeldächer 32 - 38 Grad
• Segmentbogendächer
• Flachdächer
• Walmdächer 32 - 38 Grad
• Pult- und versetzte Pultdächer
• Tonnendächer

Andere Dachneigungen sind dann zulässig, wenn das Dach mit mind. 40 % seiner Fläche mit Anlagen zur Energiegewinnung versehen ist.
Bei direkt an die Hauptgebäude angebauten Garagen, Carports und Nebengebäuden sind die Dachneigung und die Dachform des Hauptgebäudes aufzunehmen. Flachdächer sind ebenfalls zulässig.

• **Dacheindeckung:**
Zulässig sind kleinformatige Dacheindeckungen in roter, brauner, grauer oder schwarzer Farbe einschließlich aller Zwischentöne hiervon. Außerdem sind nicht glänzende Metalleindeckungen sowie diversifizierte Dachbegrünungen zulässig. Bei Gebäuden, die Energie aus Solaranlagen gewinnen, sind Abweichungen zulässig.

• **Fassadengestaltung:**
Doppelhäuser sind in Dachform, Dachneigung, Farbgebung und Materialwahl einheitlich zu gestalten. Organgliedern aneinandergebauter Gebäude (auch Nebengebäude und Garagen) sind mit gleicher Dachneigung auszuführen. Traufflächen aneinandergebauter Gebäude sind bei gleicher Trauffläche aufzunehmen, bei ungleicher Trauffläche mit mindestens 0,75 m senkrecht gemessenem Höhenunterschied weiterzuführen.
Weiterhin sollten Bauherren überprüfen, inwiefern Fassadenbegrünungen oder die Anlage von Grünelementen an den Gebäude-Außenwänden zur Wahrung arten- und naturschutzrechtlicher Belange möglich sind.

• **Befestigung:**
Die Oberflächen der Garagenzufahrten, sonstigen Einfahrten, Stellplätzen und Hofflächen sind aus wasserdurchlässigen Materialien (z.B. Splittdecks, Rasengittersteinen, Rasengittersteinen, Splittgitterplatten usw.) herzustellen. Auch der Unterbau ist entsprechend wasserdurchlässig herzustellen.

Hinweise

• Das Verfahren wird gem. § 13a BauGB durchgeführt. Damit gelten die Vorschriften des § 13 BauGB entsprechend. Auf die Erstellung eines Umweltberichts wird verzichtet, ebenso auf die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung.
• Nach § 39 Abs. 5 Punkt 2 BNatSchG ist es verboten, „Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzmiebsplantagen oder gärtnerisch genutzten Grundstücken stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.“

• Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsverbot bei Bodenfunden gem. § 12 SdSchG wird hingewiesen.

• Die Fällung der Bäume und der Rückbau ggf. bestehender Gebäude ist im Zeitraum vom 01. November - 01. März außerhalb der Aktivitätsperiode der Fledermäuse durchzuführen.

• Im Rahmen der Erschließung sollte auch im Sinne des Klimaschutzes die Möglichkeit der Nahwärmeversorgung des Quartiers - etwa durch ein Biomasse-Blockheizkraftwerk - in Erwägung gezogen werden.

• Sollten im Rahmen der Erschließung oder der Bautätigkeit Kampfmittel gefunden werden (Zufallsfunde), so ist über die zuständige Polizeidienststelle der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.

• Im Rahmen der Erschließung und der Bauphase sind die Anforderungen nach § 202 BauGB zum Schutz des Mutterbodens und die einschlägigen DIN-Normen zum fachgerechten Umgang mit dem Boden zu beachten. Zudem ist der Schutz gesetzlich geschützter Biotope, welche sich gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt gebildet haben könnten, nach den § 30 BNatSchG sicherzustellen.

• Im Rahmen der tatsächlichen Bebauung des Plangebietes wird seitens des städtischen Umweltamtes eine unverbindliche und begleitende ökologische Bauberatung angeboten.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen:

BauGB
Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634)

BauNVO
Bauordnungsverordnung in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

BodSchG
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502 f.), das zuletzt durch Art. 3 Abs. 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465) geändert worden ist

ROG
Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist

PlanZV
Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057) geändert worden ist

LBO
Landesbauordnung (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2016 (Amtsl. I S. 714) 21.11.2017 (GLB s. 612)

KSVG
Insbesondere § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes vom 15. Januar 1964 (Amtsl. 64,123) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsl. S. 682) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 2016 (Amtsl. I S. 840)

BNatSchG
Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. September 2017 (BGBl. I S. 3434) geändert worden ist

SNV
Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz) vom 5. April 2006 (Amtsl. S. 726) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsl. I S. 790)

BImSchG
Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionschutzgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)

WHG
Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771)

SWG
Saarländisches Wassergesetz vom 28. Juni 1960 (Amtsl. 60,511) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsl. S. 994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 3. Dezember 2013 (Amtsl. I 2014 S. 2) 29.03.2017

SDSchG
Gesetz zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts, Artikel 1 Saarländisches Denkmalschutzgesetz vom 19. Mai 2004 (Amtsl. 04,1498), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsl. I S. 790)

UVPG
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. September 2017 (BGBl. I S. 3370) 07.08.2017

SStrG
Saarländisches Straßengesetz vom 17. Dezember 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 1977 (Amtsl. S. 969), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. November 2007 (Amtsl. S. 2393) 23.02.2017

SaarUVPG
Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland vom 30. Oktober 2002 (Amtsl. 02,2494), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsl. I S. 790)

LwaldG
Waldgesetz für das Saarland (Landeswaldgesetz) vom 26. Oktober 1977 (Amtsl. 77,1009), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. September 2017 (Amtsl. I S. 888)

Verfahrensvermerke

• Der Stadtrat der Kreisstadt St. Wendel hat am 26.03.2019 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 01.27 B „Abendstall“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

• Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 30.03.2019 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

• Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
• Das Verfahren wird gem. § 13a BauGB (Bebauungspläne der Innenentwicklung) im beschleunigten Verfahren durchgeführt, gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nicht durchgeführt.

• Der Stadtrat der Kreisstadt St. Wendel hat am 26.03.2019 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 01.27 B „Abendstall“ beschlossen (§ 13a BauGB, § 13 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

• Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, hat in der Zeit vom 08.04.2019 bis einschließlich 07.05.2019 öffentlich ausliegen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

• Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 30.03.2019 ortsüblich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).

• Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 27.03.2019 von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB). Innerhalb wurde eine Frist bis zum 30.04.2019 zur Stellungnahme eingeäumt.

• Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Stadtrat am 01.10.2019. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

• Der Stadtrat hat am 01.10.2019 den Bebauungsplan Nr. 01.27 B „Abendstall“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.

• Der Bebauungsplan Nr. 01.27 B „Abendstall“ wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

ausgefertigt, St. Wendel, den 10.10.2019
Kreisstadt St. Wendel
Der Bürgermeister

Peter Klär

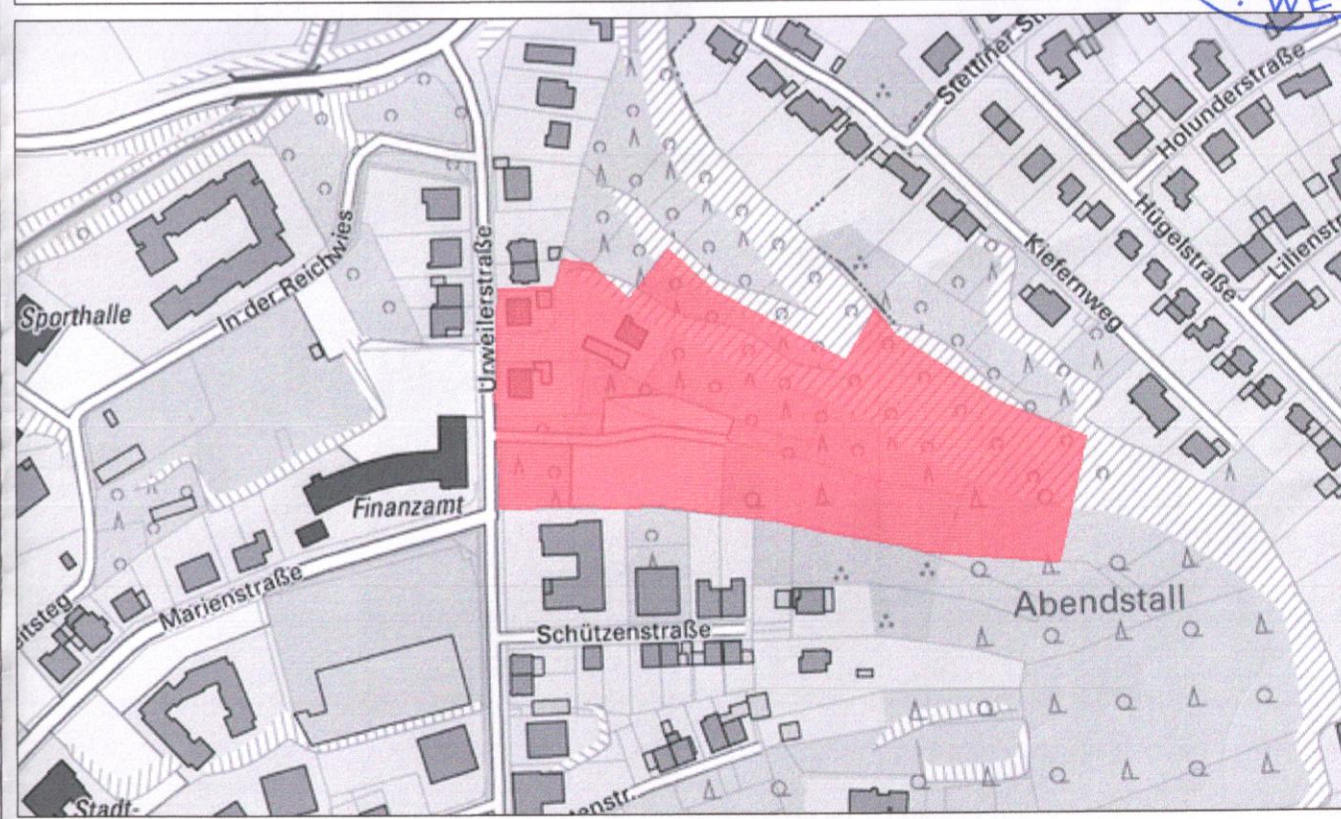
• Der Satzungsbeschluss wurde am 23.10.2019 ortsüblich bekannt gemacht (§ 10 Abs. 3 BauGB). In dieser Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit der Einsichtnahme, die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften, sowie auf die Rechtsfolgen der §§ 214, 215 BauGB, ferner auf Fälligkeit und Erlöschen der Entschädigungsansprüche gem. § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und auf die Rechtsfolgen des § 12 Abs. 6 KSVG hingewiesen worden.

• Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 01.27 B „Abendstall“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

St. Wendel, den 22.10.2019
Kreisstadt St. Wendel
Der Bürgermeister

Peter Klär

Im Rahmen der Bekanntmachungen zum Satzungsbeschluss des Bebauungsplans 01.27 B „Abendstall“ in der Saarbrücker Zeitung vom 22. Oktober 2019 fehlte der Hinweis, dass die Bebauungspläne seit der Begründung während der allgemeinen Dienststunden im Stadtbauamt, Marienstraße 20, Zimmer 102 von jedermann eingesehen werden können. Aufgrund des Fehlens dieses Hinweises erfolgt die Neubekanntmachung des Bebauungsplans. Der Bebauungsplan wurde am 22.10.2019 neu bekannt gemacht.
St. Wendel, den 22.10.2019
Kreisstadt St. Wendel
Der Bürgermeister
Peter Klär



Kreisstadt St. Wendel

Stadtbauamt, Marienstraße 20, 66606 St. Wendel, Tel.: 06851/809-1605

Projekt Bebauungsplan "Abendstall"				Planinhalt	
St. Wendel Nr. 01.27 B,				Bebauungsplan	
Stand: 05.09.2019				Satzung	
Stadtentwicklung 610		Planinhalt		Bebauungsplan	
Aufg.	Gez.	Sep. 2019	K. Schwan	Verfahrensstand	
Bearb.	Sep. 2019	M. Ries		Satzung	
Gebänd.				Maßstab	
ABT. 610				1 : 500	
Stadtbaumeister		Bürgermeister		01.27 B	
Willi Anton		Peter Klär			